



# Interviews

## Debatte um Bürgergeld-Verschärfungen und Schuldenbremse - Silvia Engels im Interview mit Yasmin Fahimi, DGB-Vorsitzende

02.01.2024, 07:15 Uhr

**Engels:** Das Jahr 2024 hat begonnen und viele Menschen fürchten, dass teure Energie und allgemeine Kostensteigerungen den Start ins Jahr nicht einfach machen werden. Die Skepsis aus Unternehmersicht haben wir ja auch gerade von IW-Chef Michael Hüther gehört. Doch neben höheren Kosten erhöhen sich mit dem neuen Jahr auch einige Zuwendungen und treten Entlastungen in Kraft. Und am Telefon mitgehört hat Yasmin Fahimi, die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, guten Morgen und ein frohes neues Jahr, Frau Fahimi.

**Fahimi:** Guten Morgen, Frau Engels und auch ein frohes neues Jahr meinerseits an Sie.

**Engels:** Wir haben es gerade gehört. CSU-Landesgruppenchef Dobrindt will Bürgergeldempfängern die Zuwendungen so lange kappen, wenn sie unwillig sind und bis sie dann zumutbare Arbeit annehmen. Was sagen Sie?

**Fahimi:** Ja, das ist eine Konstruktion eines Problems, das es eigentlich nicht gibt. Es ist relevant, dass ein Großteil der Bürgergeldempfänger gar nicht erwerbstätig sein kann. Es ist Realität, dass viele, die arbeiten gehen, trotzdem aufstockende Hilfe brauchen. Das heißt, was dieses Land viel mehr braucht, als eine Debatte um das Bürgergeld, ist, wie Geringverdienern wirklich geholfen werden kann. Und das wäre ein höherer Mindestlohn und bessere Tariflohnabsicherung. Auch darüber kann man ein Lohnabstandsgebot sicherstellen, das Arbeit tatsächlich attraktiv macht. Alles andere ist eine symbolische Debatte, die das wirkliche Problem gar nicht wirklich anpackt.

**Engels:** Sie sagen, es ist ein symbolisches Problem. Dann gibt es ja den etwas milderen Vorschlag von Bundesarbeitsminister Heil, Bürgergeldempfängern, die mehrfach zumutbare Arbeit nicht annehmen, das Bürgergeld bis auf die Miete zwei Monate lang ganz zu nehmen. Auch da sagen Sie „Symboldebatte“? Oder trifft man damit doch möglicherweise einige, die sich – zugespitzt – auf Kosten anderer ausruhen?

**Fahimi:** Ja, der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat ja betont, dass es sich hierbei um sogenannte Totalverweigerer handeln soll. Insofern kann ich nachvollziehen, dass man erst mal von seinem Gerechtigkeitsgefühl her sagt, ja, klar, also wer sich jetzt einfach nur darin einrichtet und einfach nicht bereit ist, halt eben auch tatsächlich etwas der Solidargemeinschaft zurückzugeben, der soll bestraft werden. Das hört sich erst mal schlüssig an. Fakt ist halt nur, dass das einige wenige Einzelfälle sind. Deswegen sage ich, ist das Symbolpolitik. Und wir müssen auf der anderen Seite sehen, dass es die richtige Entscheidung war, dass diejenigen, die im Bürgergeldbezug sind, eben nicht in prekäre, nicht existenzsichernde Beschäftigung gedrängt werden, sondern dass man eher schaut, wie man durch Förderung und durch Nachschulung und Nachqualifizierung sie dauerhaft besser in den Arbeitsmarkt integrieren kann. Das ist der richtige Ansatz. Der wird durch diese Entscheidung zwar nicht abgeschafft, aber er wird auf einer Symbolebene ausgetragen, die ich am Ende nicht zuträglich finde, weil sie so tut, als ob unser Verteilungsproblem in Deutschland eines wäre zwischen denen, die arbeiten gehen und denen, die Bürgergeldempfänger sind. Und das ist nicht der richtige Ansatz. Die Verteilungsfrage in unserem Land stellt sich am anderen Ende.

**Engels:** Verteilungsfrage – da sind wir beim Stichwort. Gehen wir mal weg von Sanktionen für Bürgergeldempfänger und schauen auf die Höhe des Bürgergeldes. Da sorgte ja in den letzten Wochen immer wieder für Erregung, dass der Zuwachs zum Jahreswechsel für das Bürgergeld so viel deutlich höher ausfällt als der Mindestlohnanstieg. Sehen Sie das Abstandsgebot zwischen Bürgergeld einerseits und Mindestlohn noch gegeben?

**Fahimi:** Ja, das ist eine gute Frage. Aber noch mal: Das liegt daran, dass die Arbeitgeber erstmalig an dieser Stelle gegen unseren Willen eine Mindestlohnerhöhung durchgedrückt haben von mickrigen 41 Cent, die in der Tat unwürdig sind. Die Politik hat richtigerweise entschieden, 2022 den Mindestlohn auf 12 Euro mit einem Schub

anzupassen. Und die Arbeitgeber versuchen, diese politische Entscheidung eben jetzt zu relativieren. Das darf sich nicht wiederholen in der Tat. Und das ist das eigentliche Problem. Aber die Antwort kann ja nicht sein, dass diejenigen, die quasi in noch prekäreren Verhältnissen leben, umso mehr relativiert werden. Die Preisentwicklung, die wir erlebt haben, ist dramatisch gewesen und die Erhöhung des Bürgergeldes ist eine nachholende, vergangenheitsbezogene Anpassung gewesen. Alleine in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres hatte diese Personengruppe einen Preissprung von 9,4 Prozent zu stemmen. Und insofern wissen wir ganz genau, die Inflation ist noch nicht vorbei, ist diese Anpassung mehr als gerechtfertigt. Man kann ja nicht einfach eine Anpassung, die nachholend ist, auf einmal auf den Ist- bzw. die Zukunftsprognose übertragen. Das geht nicht. Sondern das ist ein Bedarf und eine Anpassung gewesen, die notwendig gewesen ist, die nachholend ist. Aber noch mal: Der entscheidende Punkt ist, dass wir einen höheren Mindestlohn brauchen, und dass wir unbedingt mehr Tarifbindung in Deutschland brauchen, weil wir es in den Tarifverträgen natürlich schaffen, eben auch über den Mindestlohn hinaus Einstiegsentgeltgruppen sicherzustellen. Und das wäre etwas, was tatsächlich die meisten Beschäftigten in den unteren Lohngruppen stärken würde.

**Engels:** Kurz zusammengefasst: Um den Abstand zwischen Bürgergeldempfängern und Mindestlohn wieder stärker zu machen, verlangen Sie einen höheren Mindestlohn und generell höhere Löhne. Nun haben aber gerade viele Unternehmen das Problem, dass wir vor schlechten Erwartungen stehen, vor hohen Kosten auch dort. Woher soll da der höhere Lohn kommen, wenn die Unternehmen nicht oder kaum noch verdienen?

**Fahimi:** Na ja, das stimmt ja so generell nicht. Die Lage ist sehr unterschiedlich in den Branchen. Es gibt gleichzeitig Unternehmen, die machen maximale Gewinne. Insofern muss man sich das differenziert anschauen. Und das ist genau das, was wir in der Tarifpolitik machen. Wir machen ja nicht sozusagen ein Lohngitter für die gesamte Bundesrepublik, sondern wir verhandeln das in den Branchen. Und in den Branchen ist die Lage sehr unterschiedlich. Zum Zweiten: Die Unternehmen, die tatsächlich jetzt in der derzeitigen wirtschaftlichen Lage knapsen müssen, das sind diejenigen, die nicht wegen der Lohnentwicklung Probleme haben, sondern wegen der Energiepreise. Also, hier muss man das Problem an einem ganz anderen Ende anpacken. Und da sehe ich in der Tat auch nach wie vor eine große Herausforderung der Politik. Wenn wir nicht wettbewerbsfähige Energiepreise bekommen, gerade auch in der energieintensiven Industrie, dann wird das Jahr 2024 sehr, sehr schwer

werden, bis hin zu der Frage, ob Standorte verkleinert oder vielleicht sogar ganz aufgegeben werden.

**Engels:** Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag warnte aber gestern davor, dass es nicht nur die hohen Energiepreise sind, sondern dass auch aufgrund von Fachkräftemangel, schlechter Rahmenbedingungen generell Firmen abwandern könnten und das könnte doch auch dann für Sie die Aufforderung als Gewerkschaft sein, hier mehr Flexibilität zu zeigen, vielleicht auch Lohnzurückhaltung, um die Firmen hier zu halten.

**Fahimi:** Nein, das wäre eine ziemlich simple Vorstellung von Volkswirtschaft. Zunächst einmal sind ja ordentliche Lohnentwicklungen und eine Stabilisierung der Reallohnentwicklung auch eine Frage der Stabilisierung der Binnenkonjunktur und der Kaufkraft. Zum Zweiten noch mal: Die Löhne sind nicht das drückende Problem. Das drückende Problem sind die Energiepreise, sind in der Tat ... ist der mangelnde Grad an Digitalisierung, aber auch die Frage, in welchem Zustand unsere Infrastruktur ist. Und all das macht deutlich, dass wir einen Investitionsbedarf haben, der deutlich über das hinausgeht, was für den Haushalt 2024 beschlossen worden ist. Wir haben einen Investitionsstau der letzten zwei Dekaden. Wir haben die größte sozusagen Jahrhundertaufgabe zu stemmen, nämlich den Umbau unserer Energiewirtschaft hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Und das alles müssen wir tun inmitten einer Krise, die geprägt ist vom Krieg der Ukraine, dem Nahostkonflikt und vielen anderen Faktoren geopolitischer Art. Das alles kann man nicht machen mit sozusagen einem Standardhaushalt. Sondern ich erwarte jetzt für das Jahr 2024, dass man das parteipolitische Geplänkel sein lässt und sich fragt, wie wir auch für die zukünftigen Generationen unsere Infrastruktur gut aufbauen können. Und damit meine ich nicht nur die technische, sondern ich meine eben auch die Infrastruktur zum Beispiel mit Blick auf Bildung, auf Krankenhaussystem, auf Pflege. Das sind alles Rahmenbedingungen, um eben auch mehr Fachkräfte mobilisieren zu können, die wir für unsere Wirtschaft und für eine innovative Industriepolitik brauchen.

**Engels:** Da sehe ich also die Forderung, staatliche Investitionspakete, mehr Ausgaben durch den Staat drin. Aber dass der Bund nach dem Haushaltsurteil aus Karlsruhe derzeit sparen muss, ist ja klar. Die FDP lehnt Steuererhöhungen und ein Aussetzen der Schuldenbremse bekanntlich auch ab. Ihr Appell nach mehr staatlicher Investition wird da kaum umsetzbar sein. Und jetzt?

**Fahimi:** Na ja, die FDP drängt in der Tat darauf, dass es keine Steuererhöhung geben soll, tut es aber trotzdem. Ich sage mal nur das Stichwort Mehrwertsteuererhöhung für die Gastronomie.

**Engels:** Na ja, das ist ja die Wiederherstellung des alten Status vor der Krise.

**Fahimi:** Na ja, es gab ja das Versprechen, dass genau das nicht passiert. Ich will damit ja nur sagen, dass das durchaus widersprüchlich ist, was da passiert. Aber es ist richtig, die FDP drückt diesem Land einen Sparkurs auf, der kontraproduktiv ist. Und ich verstehe, dass es Bedenken gibt, die Schuldenbremse zu reformieren. Dabei wäre das aber dringend notwendig. Damit meine ich nicht, dass der Staat blind irgendwelche Schulden aufnehmen soll, aber es ist klar, dass er für diese Jahrhundertaufgaben und für den Investitionsstau, den wir haben, mehr Investitionen sicherstellen muss. Und das wäre eigentlich richtigerweise die Reform der Schuldenbremse. Man darf sich nicht tiefer in die Krise hineinsparen. Aber ich appelliere an alle politischen Parteien, die heute oder zukünftig Verantwortung übernehmen wollen, dass man sich jetzt zumindest auf einen solchen Investitionspakt verständigt und ein Sondervermögen ins Grundgesetz schreibt, damit das sichergestellt ist. Denn wir verspielen gerade die Zukunft der jungen Generation und wir verspielen unsere Chance, ein innovations- und wettbewerbsfähiger Industriestandort zu sein. Das darf nicht passieren.

**Engels:** Yasmin Fahimi, die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Appell zum Jahresauftakt. Vielen Dank für das Gespräch heute früh.

**Fahimi:** Ich danke Ihnen auch, schönen Tag.